

Signatur: 2026.SR.0255
Geschäftstyp: Motion als Richtlinie
Erstunterzeichnende: Thomas Glauser (SVP), Alexander Feuz (SVP)
Mitunterzeichnende: Bernhard Hess, Janosch Weyermann
Einreikedatum: 2. Juli 2026

Motion als Richtlinie: Schluss mit der Verdrängung des Gewerbes – mehr unternehmerische Freiheit für Berner KMU

Auftrag

Der Gemeinderat wird beauftragt, die Vorschriften sowie die Vollzugspraxis betreffend Werbeaufsteller, Kleiderständer, Kundenstopper, Hinweistafeln und weitere Werbeelemente vor Ladengeschäften so anzupassen, dass den Bedürfnissen des lokalen Gewerbes wieder angemessen Rechnung getragen wird.

Dabei ist insbesondere sicherzustellen, dass:

1. Geschäfte ihre Waren und Dienstleistungen im unmittelbaren Umfeld des Ladens sichtbar präsentieren können;
2. für Geschäfte in Untergeschossen oder schlecht einsehbaren Lagen praktikable Werbemöglichkeiten bestehen;
3. die Gewerbebehörde eine verhältnismässige und gewerbefreundliche Vollzugspraxis anwendet;
4. unnötige Verbote und bürokratische Hürden abgebaut werden;
5. die wirtschaftlichen Interessen der KMU bei der Nutzung des öffentlichen Raums stärker gewichtet werden.

Begründung

Die Stadt Bern lebt von ihren KMU, ihren Fachgeschäften, ihrem Gewerbe und einer lebendigen Innenstadt. Genau diese Betriebe geraten jedoch zunehmend unter Druck. Während internationale Online-Konzerne ihre Produkte rund um die Uhr verkaufen können, werden den lokalen Geschäften immer mehr Vorschriften und Einschränkungen auferlegt.

Besonders stossend ist die zunehmend restriktive Praxis gegenüber Kleiderständern, Kundenstopperrn und anderen Werbeelementen vor Ladengeschäften. Vielen Betrieben werden damit die letzten Möglichkeiten genommen, auf ihr Angebot aufmerksam zu machen. Dies trifft insbesondere kleinere Geschäfte und Läden in Untergeschossen, die ohne sichtbare Hinweise von Passanten kaum wahrgenommen werden.

Selbstverständlich müssen Fussgängerinnen und Fussgänger genügend Platz haben. Wo jedoch ausreichend Raum vorhanden ist, darf die Stadt nicht mit übertriebener Regulierungsfreude gegen das lokale Gewerbe vorgehen. Die aktuelle Praxis vermittelt den Eindruck, dass Kontrolle und Verbote wichtiger sind als die Anliegen der Unternehmen, welche Arbeitsplätze schaffen, Lehrlinge ausbilden und Steuereinnahmen generieren.

Die Berner Innenstadt darf nicht zu einem sterilen Raum werden, in dem zwar jede Vorschrift eingehalten wird, aber immer weniger Geschäfte überleben können. Wer eine attraktive und lebendige Innenstadt will, muss dem Gewerbe den nötigen Handlungsspielraum gewähren.

Gerade in wirtschaftlich anspruchsvollen Zeiten braucht Bern weniger Bürokratie, mehr Eigenverantwortung und bessere Rahmenbedingungen für KMU und Detailhandel. Die Stadt

sollte ihre Unternehmen unterstützen, statt sie mit immer neuen Einschränkungen zu belasten.

Der Gemeinderat wird deshalb aufgefordert, die bestehende Praxis grundlegend zu überprüfen und sich wieder stärker an den Bedürfnissen des lokalen Gewerbes zu orientieren.